



Die
Bundesregierung

Nr. 1 | 2014

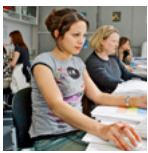
Deutschland **aktuell**

In dieser Ausgabe:



KABINETT

Das ist die neue
Bundesregierung



VORHABEN

Das plant die
neue Bundes-
regierung



FORSCHUNG- FÖRDERUNG

Betonmix gegen
dicke Luft

Preisaus-
schreiben
auf der
Rückseite

ENERGIEWENDE

Freie Fahrt durch Wärme aus der Tiefe



INHALT

Grußwort der Bundeskanzlerin 3

Das ist die neue Bundesregierung..... 4

Antworten auf die Bevölkerungsentwicklung
Die „Chemieformel“:
Mehr vom Leben 6

Fachkräfte
Junge Unternehmer unterwegs 7

Regierungsprogramm
Das plant die neue Bundesregierung 8

ENERGIEWENDE

Energiesparen
Anders einkaufen 10

Energieforschung
Freie Fahrt durch Wärme aus der Tiefe 11

Mittelstandsförderung
Betonmix gegen dicke Luft 12

Stadtentwicklung
Ein Kiez im Lesefieber 13

Vielfalt gegen Rechtsextremismus
Eine Stadt zeigt Flagge 14

25 Jahre Mauerfall
Machense ma 'n Kofferraum auf 15

PUNKTE-REFORM

Einfacher und gerechter

Anfang Mai tritt die größte Reform in der über 50-jährigen Geschichte der Flensburger Verkehrssünderkartei in Kraft. Punkte bekommt dann nur noch, wer die Verkehrssicherheit gefährdet. Dafür steigen die Bußgelder für leichtere Ordnungswidrigkeiten, etwa für Fahren ohne Plakette in einer Umweltzone.

Drei statt sieben

Statt der jetzigen Skala von einem bis sieben Punkten gibt es künftig – je nach Schwere des Vergehens – nur noch einen, zwei oder drei Punkte. Der Führerschein wird schon bei acht Punkten entzogen.

Jedes Vergehen verjährt einzeln; die Verjährungsfrist verlängert sich – anders als heute – bei neuem Verschulden nicht. Je nach Schwere des

Verstoßes verjährt ein Punkt nach zweieinhalb, fünf oder zehn Jahren.

Mit der Reform verfallen die alten Punkte nicht generell. Man hat aber nach wie vor die Möglichkeit, einen Punkt innerhalb von fünf Jahren abzubauen – indem man freiwillig ein Fahreignungsseminar besucht.

i Mehr Informationen unter www.bmvbs.de



LEBENSMITTEL

„Regionalfenster“ sorgt für Transparenz

Immer mehr Menschen ist es wichtig, Produkte aus der Heimat zu kaufen. Ab Mitte Januar können Verbraucher mit dem „Regionalfenster“ auf einen Blick erkennen, aus welcher Region ein Lebensmittel kommt.

Bei so gekennzeichneten Lebensmitteln stammen die Hauptzutaten voll und ganz aus der angegebenen Region. Hersteller müssen darüber hinaus den Ort der Verarbeitung

angeben. Mogelpackungen sind nicht möglich. Dafür sorgt ein strenges Prüfsystem. Die auf Initiative der Bundesregierung entwickelte Kennzeichnung ist freiwillig. Die Produkte sind in zahlreichen Geschäften erhältlich.



i Mehr Informationen unter www.regionalfenster.de



liebe gewinnen und lesen,

„Deutschlands Zukunft gestalten“ – mit diesem Anspruch startet die Bundesregierung in die neue Legislaturperiode. Denn auch im Jahr 2017 wollen wir wieder sagen können: Den Menschen in Deutschland geht es noch einmal besser als heute. Dies setzt vor allem voraus, dass unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs bleibt. Wachstum dient keinem Selbstzweck, sondern eröffnet neue Chancen. Gewiss, die Zahl der Erwerbstätigen hat bereits neue Rekordhöhen erreicht. Aber auch diejenigen, die bisher kaum am Aufschwung teilhatten, sollen ihre Talente und Fähigkeiten im Arbeitsalltag beweisen können. Sich beruflich entfalten zu können, ist und bleibt der beste Schutz gegen Armut und die beste Vorsorge für das Alter. Daher hat sich die neue Bundesregierung viel vorgenommen, um insbesondere die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Wir setzen unter anderem auf eine stärkere Innovationskraft der Unternehmen, auf eine gezielte Unterstützung von Existenzgründern und Erleichterungen für Investitionen in junge Unternehmen der Hightech-Branche. Dem drohenden Fachkräftemangel wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen vorbeugen. Nicht zuletzt erhöhen wir die Investitionsmittel für die Verkehrswege und treiben den Ausbau schneller Internetverbindungen voran. Denn Umfang und Qualität der Infrastrukturen sind von entscheidender Bedeutung für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Das gilt etwa auch mit Blick auf die Energieversorgung, die umweltschonend, sicher, verlässlich und bezahlbar sein muss – für Unternehmen und Privathaushalte gleichermaßen.

Mit diesen Stichworten habe ich nur wenige unserer vielen Vorhaben skizziert, die dem Dreiklang folgen: solide Finanzen, sicherer Wohlstand und soziale Sicherheit. Sie sind herzlich eingeladen, sich mit dieser Ausgabe von „Deutschland aktuell“ ein Bild von unserem Regierungsprogramm zu machen. Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Angela Merkel

Angela Merkel
Bundeskanzlerin

NEUES INTERNETANGEBOT

Zwei Jahre, die die Welt veränderten

Wer heute 30 oder älter ist, hat die Bilder wahrscheinlich noch im Kopf: die Bilder von den Tausenden, die im Sommer 1989 aus der DDR in die Freiheit flüchteten, die Bilder von den Montagsdemonstrationen, vom Fall der Mauer und schließlich von der Wiedervereinigung Deutschlands.

25 Jahre liegen diese bewegenden Ereignisse bald zurück. Zeit, sich daran zu erinnern, wie es damals zur Friedlichen Revolution in der DDR, zur Überwindung der SED-Diktatur und zum Ende der deutschen Teilung kam.

2014 und 2015 werden sich zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen damit beschäftigen. Auf der neuen Internetseite

www.freiheit-und-einheit.de

ist sowohl ein Terminkalender als auch eine umfassende Chronik der Ereignisse zu finden.





Dr. Angela Merkel



Sigmar Gabriel



Dr. Frank-Walter Steinmeier



Dr. Thomas de Maizière



Heiko Maas

Das ist die neue Bundesregierung



Dr. Wolfgang Schäuble



Andrea Nahles

Dr. Angela Merkel Bundeskanzlerin

- * 1954 in Hamburg; verheiratet
- Physik-Studium in Leipzig, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften
- seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB)
- 1991–1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend
- 1994–1998 Bundesumweltministerin
- seit 2005 Bundeskanzlerin

Sigmar Gabriel Bundesminister für Wirtschaft und Energie Stellvertreter der Bundeskanzlerin

- * 1959 in Goslar; verheiratet, zwei Kinder
- Studium der Politik, Soziologie und Germanistik, Lehrer in der Erwachsenenbildung
- 1990–2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtages
- 1999 bis 2003 Ministerpräsident von Niedersachsen
- seit 2005 MdB
- 2005–2009 Bundesumweltminister

Dr. Frank-Walter Steinmeier Bundesminister des Auswärtigen

- * 1956 in Detmold; verheiratet, ein Kind
- Volljurist
- 1991 Niedersächsische Staatskanzlei, 1996–1998 als Staatssekretär und Leiter

- 1999–2005 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes
- 2005–2009 Bundesaußenminister
- 2009–2013 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Thomas de Maizière Bundesminister des Innern

- * 1954 in Bonn; verheiratet, drei Kinder
- Volljurist
- 1983–1989 Senatskanzlei des Landes Berlin
- 1990–1998 Staatssekretär im Kultusministerium und Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern
- 1999–2005 Staatsminister in Sachsen
- 2005–2009 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes
- seit 2009 MdB
- 2009–2011 Bundesinnenminister
- 2011–2013 Bundesverteidigungsminister

Heiko Maas Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

- * 1966 in Saarlouis; verheiratet, zwei Kinder
- Volljurist
- 1998–1999 Saarländischer Minister für Umwelt, Energie und Verkehr
- 1999–2012 Vorsitzender der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag
- 2012–2013 Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie, Verkehr und stellv. Ministerpräsident des Saarlandes

Dr. Wolfgang Schäuble Bundesminister der Finanzen

- * 1942 in Freiburg; verheiratet, vier Kinder
- Volljurist
- seit 1972 MdB
- 1984–1989 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes
- 1989–1991 Bundesinnenminister
- 1991–2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2005–2009 Bundesinnenminister
- seit 2009 Bundesfinanzminister

Andrea Nahles Bundesministerin für Arbeit und Soziales

- * 1970 in Mendig in der Eifel; verheiratet, ein Kind
- Studium der Germanistik und Politikwissenschaften
- 1998–2002 und seit 2005 MdB
- 2009–2013 Generalsekretärin der SPD

Dr. Hans-Peter Friedrich Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

- * 1957 in Naila/Oberfranken; verheiratet, drei Kinder
- Volljurist
- 1988–1990 Beamter im Bundeswirtschaftsministerium
- seit 1998 MdB
- 2009–2011 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
- 2011–2013 Bundesinnenminister



Dr. Hans-Peter Friedrich



Dr. Ursula von der Leyen



Manuela Schwesig



Hermann Gröhe



Alexander Dobrindt



Dr. Barbara Hendricks



Prof. Dr. Johanna Wanka



Dr. Gerd Müller



Peter Altmaier

Dr. Ursula von der Leyen Bundesministerin der Verteidigung

- * 1958 in Brüssel; verheiratet, sieben Kinder
- Ärztin
- 2003–2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und Sozialministerin
- 2005–2009 Bundesfamilienministerin
- seit 2009 MdB
- 2009–2013 Bundesarbeitsministerin

Manuela Schwesig Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- * 1974 in Frankfurt/Oder; verheiratet, ein Kind
- Diplom-Finanzwirtin
- 1992–2002 Tätigkeit in den Finanzämtern Frankfurt/Oder und Schwerin
- 2002–2008 im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern
- 2008–2011 Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern
- 2011–2013 Arbeitsministerin in Mecklenburg-Vorpommern

Hermann Gröhe Bundesminister für Gesundheit

- * 1961 in Uedem am Niederrhein; verheiratet, vier Kinder
- Volljurist
- seit 1994 MdB
- 2008–2009 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
- 2009–2013 Generalsekretär der CDU

Alexander Dobrindt Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur

- * 1970 in Peißenberg in Oberbayern; verheiratet, ein Kind
- Diplom-Soziologe
- 1996–2005 Kaufmännischer Leiter, Geschäftsführer eines Maschinenbauunternehmens
- seit 2002 MdB
- 2009–2013 Generalsekretär der CSU

Dr. Barbara Hendricks Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

- * 1952 in Kleve am Niederrhein
- Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften
- seit 1994 MdB
- 1998–2007 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesfinanzminister

Prof. Dr. Johanna Wanka Bundesministerin für Bildung und Forschung


- * 1951 in Rosenfeld/Sachsen; verheiratet, zwei Kinder
- Mathematikerin
- 1994–2000 Rektorin der Fachhochschule Merseburg
- 2000–2009 Wissenschaftsministerin in Brandenburg
- 2010–2013 Wissenschaftsministerin in Niedersachsen
- seit 2013 Bundesbildungsministerin

Dr. Gerd Müller Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- * 1955 in Krumbach/Schwaben; verheiratet, zwei Kinder
- Diplom-Wirtschaftspädagoge
- 1989–1994 Mitglied des Europäischen Parlaments
- seit 1994 MdB
- 2005–2013 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium

Peter Altmaier Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben

- * 1958 in Ensdorf an der Saar
- Volljurist
- seit 1994 MdB
- 2005–2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister
- 2009–2012 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2012–2013 Bundesumweltminister



In der Chemieindustrie weiß man: Je flexibler man Arbeitszeit gestaltet, desto besser lassen sich Fachkräfte halten.

ANTWORTEN AUF DIE
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Die „Chemieformel“: Mehr vom Leben

Wer kennt ihn nicht – den dicken Mann, der für Michelin-Reifen wirbt? 125 Jahre ist er alt, und trotzdem kann er nicht in Rente gehen oder sich von der Arbeit freistellen lassen. Zum Beispiel um sich weiterzubilden, Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen. Den Beschäftigten des Reifenherstellers in Deutschland geht es da besser. Sie haben ein „FlexiPlus-Konto“, das ihnen sogenannte Freistellungszeiten sichert.

In ihr Langzeitkonto können die Beschäftigten angeordnete Überstunden, Urlaubstage oder auch Zulagenzahlungen einbringen. Der Arbeitgeber gibt jedes Jahr 500 Euro dazu. Lässt man sich dann für eine Zeit von der Arbeit freistellen, kann man sich monatlich Geld aus dem angesparten Guthaben überweisen lassen.

Freie Zeit ansparen

Ausbildungsleiter Reiner Scheidt, 51, will sein Konto später für einen allmählichen Übergang in die Rente nutzen: „Ich stelle mir vor, vielleicht ein halbes Jahr oder ein Jahr nur noch zwei Tage in der Woche zu arbeiten.“ Er habe sein Konto seit fast acht Jahren und bereits acht Monate angespart, in denen er weiter seinen vollen Lohn bekomme. „Ein schönes Gefühl“, sagt Scheidt.

Michelin möchte das Know-how der älteren Mitarbeiter erhalten. „Unser Ziel ist es, das Arbeitsumfeld so zu organisieren und individuell anzupassen, dass es auch älteren Mitarbeitern möglich ist, lange im Betrieb zu bleiben“, erklärt der Personaldirektor für Michelin Deutschland, Mathias Siebe.

Ein spezieller Tarifvertrag

Langzeitkonten geben Beschäftigten und Betrieben mehr Flexibilität in der Arbeitszeit-Organisation. Die Bundesregierung fördert das durch das „Flexi II“-Gesetz.

Die Chemiebranche mit ihren rund 1.900 Betrieben und 500.000 Beschäftigten ist Vorreiterin. Sie hat die demografische Entwicklung früh in den Blick genommen. Der Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ verpflichtet die Unternehmen, Arbeitsprozesse alters- und gesundheitsgerecht zu gestalten. Für jeden Beschäftigten haben die Arbeitgeber erst 300 Euro pro Jahr in einen sogenannten Demografiefonds eingezahlt, seit letztem Jahr sind es 500 Euro. Wie dieses Geld verwendet wird, darüber gibt es in jedem Betrieb eine feste Vereinbarung. ■

i Mehr Informationen unter
www.bmas.de
Stichwort „Wertguthaben“

Junge Unternehmer unterwegs

Signe Stein vom Berliner Architekturbüro „frei raum planen“ ist begeistert. Sie schwärmt geradezu von ihrem Austauschgast, der französischen Jungunternehmerin Hélène Moreau. „Es ist fantastisch, jemanden mit einem neuen Blickwinkel im Haus zu haben, der schon ein eigenes Unternehmen hat“, sagt Stein.

Ihren Gast aus Frankreich verdankt die Architektin einem neuen Programm der Europäischen Union. Es gibt jungen Unternehmerinnen und Unternehmern die Chance, Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Teilnehmen können alle, die ein eigenes Unternehmen gründen wollen und bereits realistische Geschäftspläne haben. Mitmachen kann auch, wer sein Unternehmen in den letzten drei Jahren gegründet hat.

Ein gegenseitiges Geben und Nehmen

Signe Stein und ihre Kollegin genießen es, über Erfahrungen und Ideen diskutieren zu können. „Mir gibt das die Chance, meine eigene Arbeit fachlich und beruflich zu hinterfragen. Außerdem bin ich gerne Gastgeberin“, sagt Stein.

Wer sich für das Programm interessiert, meldet sich beim offiziellen Portal der EU und bei einer lokalen Vermittlungsstelle an. Man kann selbst mit einem ausländischen Partner Kontakt aufnehmen und ihn der lokalen Vermittlung vorstellen. Auch die Vermittlungsstelle unterstützt die Suche nach einem passenden Gastgeber. Das kann jedes kleine oder mittlere Unternehmen sein.

Während des ERASMUS-Austausches erhalten die Teilnehmer ein Stipendium von bis zu 1.100 Euro im Monat. Der Auslandsaufenthalt kann bis zu sechs Monate dauern. An dem Projekt nehmen neben den EU-Mitgliedsstaaten auch die Türkei und Israel teil. ■

ERASMUS für Unternehmen

Trotz des gleichen Namens hat dieses Projekt nichts mit dem Bildungsprogramm ERASMUS für Studentinnen und Studenten zu tun. Es gibt keine Altersbegrenzung.

i Weitere Informationen unter ec.europa.eu
Stichwort „ERASMUS für Unternehmen“



Die Gastgeberin:
Architektin Signe Stein

NEUE BUNDESREGIERUNG Das soll sich für Arbeitnehmer ändern

Ab Januar 2015 soll es in ganz Deutschland einen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde geben. Bis Ende 2016 gelten bestehende Branchentarifverträge weiter. Ab 1. Januar 2017 soll der bundesweite gesetzliche Mindestlohn dann uneingeschränkt gelten. Diesen Mindestlohn soll eine Kommission von Arbeitgebern und Gewerkschaften in regelmäßigen Abständen überprüfen.

Um den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern, soll die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zolls stärker prüfen.

Für Leiharbeiter gilt zukünftig eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Spätestens nach neun Monaten sollen sie genauso viel Lohn bekommen wie die Stammbesellschaft.

Das plant die neue Bundesregierung



... für Mieter

Die Bundesregierung will dafür sorgen, dass Wohnraum auch in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bezahlbar bleibt.

In diesen Orten sollen die Bundesländer künftig für fünf Jahre vorschreiben können: Mieten dürfen bei Wiedervermietung um nicht mehr als zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden.

Außerdem sollen Mieter bei Modernisierungen entlastet werden: Vermieter dürfen dann nur noch höchstens zehn Prozent der Kosten auf die Miete umlegen. Und das nur so lange, bis die Modernisierungskosten durch höhere Mieteinnahmen gedeckt sind.

... für Autofahrer

Der Bund will seine Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur bis 2017 um insgesamt fünf Milliarden Euro aufstocken. Damit sollen Straßen, Schienen und Wasserwege erhalten und – wo nötig – ausgebaut werden.

Zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll eine EU-rechtskonforme Pkw-Maut (Vignette) beitragen. Maßgabe ist,



dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird.

Lkw sollen auf sämtlichen Bundesstraßen mautpflichtig werden. Die Einnahmen sollen ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur fließen.

Das Ziel von einer Million Elektroautos auf deutschen Straßen bis 2020 gilt weiter. Wer ein E-Mobil fährt, soll steuerliche und andere Vorteile haben; Kaufprämien sind weiterhin nicht vorgesehen. Der Bund wird seinen eigenen Fuhrpark nach und nach umrüsten.

... bei der Rente

Wer 45 Jahre Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt hat, soll ab Juli 2014 ohne Abschlag mit 63 Jahren in Rente gehen können. Dieser abschlagsfreie Renteneintritt wird schrittweise auf 65 Jahre steigen.

Die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren sind, soll mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt pro Kind berücksichtigt werden. Das bedeutet mehr Rente.





Die Lebensleistungsrente kommt voraussichtlich 2017. Sie unterstützt langjährige Beitragszahler (40 Jahre), wenn ihre Rente im Alter nicht reicht. Das ist bei weniger als 30 Entgeltpunkten der Fall.

Bei der Erwerbsminderungsrente wird die sogenannte Zurechnungszeit ab Juli 2014 um zwei Jahre – von 60 auf 62 – angehoben. Für die letzten vier Jahre erfolgt eine Günstiger-Prüfung.

... für Patienten

Der Beitragssatz, den Versicherte und Arbeitgeber je zur Hälfte tragen, bleibt bei 14,6 Prozent. Der Arbeitgeber zahlt weiterhin seinen Anteil in Höhe von 7,3 Prozent. Ausgaben der Krankenkassen, die darüber hinausgehen, werden – wie bisher – durch Zusatzbeiträge ihrer Mitglieder finanziert. Jetzt allerdings einkommensabhängig. Sie können – je Krankenkasse – variieren. Dabei wird der bisher allein vom Arbeitnehmer zu tragende zusätzliche Beitrag in Höhe von 0,9 Prozent berücksichtigt.

Patienten sollen schneller eine Psychotherapie beginnen können und binnen vier Wochen einen Termin beim Facharzt bekommen. Für Menschen mit

Depression oder Rückenleiden soll es spezielle Therapieprogramme geben. In Kita, Schule und Betrieb soll Gesundheit stärker gefördert werden.

... für Pflegende und Pflegebedürftige

Wer privat einen anderen Menschen pflegt, soll das besser mit seinem Beruf vereinbaren können. Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die plötzlich Pflege organisieren müssen, soll – wie beim Kinderkrankengeld – mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt werden.

Der Beitrag zur Pflegeversicherung soll spätestens Anfang 2015 um 0,3 Prozent steigen. Zwei Drittel davon fließen in bessere Leistungen, ein Drittel in den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds. In einem zweiten Schritt soll neu definiert



werden, wann jemand wie stark pflegebedürftig ist. Vor allem für demenzerkrankte Menschen sollen die Leistungen besser und passgenauer werden. Dafür wird der Pflegebeitrag um weitere 0,2 Prozentpunkte angehoben.

... für Studierende

Nachholbedarf gibt es beim Übergang zwischen beruflicher und akademischer Bildung. In den Hochschulpakt von Bund und Ländern soll deshalb aufgenommen werden, dass mehr be-



ruflich Qualifizierte studieren können. Die Hochschulen sollen für sie sogenannte Brückenkurse anbieten und bekommen dafür Unterstützung. Umgekehrt sollen die Angebote für Menschen steigen, die aus einem Studium in eine berufliche Ausbildung wechseln wollen.

... für Schüler

Aus dem heutigen Ausbildungspakt von Bund, Ländern und Sozialpartnern soll die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ werden. Das Ziel: eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen. Um zu verhindern, dass Jugendliche die Schule abbrechen, soll es mehr Berufseinstiegsbegleiter geben. Sie helfen den Jugendlichen, Probleme zu bewältigen und Orientierung zu finden. Leistungsschwächere Jugendliche, deren Eltern seit Jahren Grundsicherung erhalten, sollen mehr Unterstützung erhalten, indem Leistungen gebündelt werden. Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss sollen die Chance bekommen, sich nachträglich zu qualifizieren. ■

Das Programm der neuen Bundesregierung beruht auf dem Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien. Sie finden den vollständigen Vertrag unter www.bundesregierung.de



Die Groths helfen, das Klima zu schützen, indem sie möglichst wenig Müll produzieren.

ENERGIESPAREN

Anders einkaufen

Bei den Groths holt die Müllabfuhr den gelben Sack ab. Doch anders als früher ist er heute fast leer. Die vierköpfige Familie hat sich am Freiburger Projekt „200 Familien aktiv fürs Klima“ beteiligt. Seitdem geht sie mit anderen Augen einkaufen.

„Wir durften keine Plastikbehälter, keine Dosen, keine Verpackungen oder Tetrapaks verwenden“, erklärt Barbara Groth. So blieb über vier Wochen die Mülltüte nahezu ungenutzt. Allerdings, sagt Groth, sei es nicht immer leicht gewesen, Produkte ohne Verpackungsmüll zu finden. Deshalb führten mehrere Familien ihre Erfahrungen in einer Einkaufsliste zusammen und stellten sie im Internet für alle bereit.

Klima schützen und Geld sparen

Andere Teilnehmer testeten eine „50km-Diät“. Sie ernährten sich wäh-

rend des Experiments fast ausschließlich von Lebensmitteln aus der Region. Mit Obst und Gemüse vom „Balkongarten“, einem weiteren Experiment, ließen sich sowohl ein klimabelastender Transport als auch Verpackungen vermeiden. Außerdem gab es individuelle Energiesparberatungen und ein Übungsheft mit Tipps und praktischen Aufgaben. Auf Veranstaltungen erhielten die Familien Unterstützung und Gelegenheit zum Austausch.

Das Ergebnis: Klimaschutz im Alltag funktioniert. Energiesparen schont auch den Geldbeutel. Das Bundesumweltministerium hat die Freiburger Klimaschutz-Initiative im Rahmen des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2013“ ausgezeichnet. ■

i Mehr Informationen unter www.kommunen.klimaschutz.de

Die Energiewende weiter voranbringen

Der Anfang ist gemacht. Die erneuerbaren Energien liefern ein Viertel unseres Stroms. Jetzt geht es darum, sie weiter in den Markt zu integrieren: zu bezahlbaren Preisen und so, dass der Ausbau unserer Stromnetze Schritt halten kann. Bis zum Sommer soll die Reform stehen. Mit Energieberatung – insbesondere zu modernen Heizungsanlagen – wird die Bundesregierung beim Energiesparen helfen. Die Förderprogramme für die energetische Sanierung von Gebäuden werden aufgestockt und vereinfacht. Ein breit besetztes Forum wird den öffentlichen Dialog über die Energiewende vertiefen.

ENERGIEFORSCHUNG

Freie Fahrt durch Wärme aus der Tiefe

Wer hat sich im Winter noch nicht über eingefrorene Türschlösser oder Fahrradbremsen geärgert? Meist hilft ein Spritzer Frostschutzmittel. Anders bei der Eisenbahn: Friert eine Weiche ein, ist es damit nicht getan.

Rund 100.000 Weichen gibt es im deutschen Schienennetz – 64.000 allein im Netz der Deutschen Bahn. Damit sie auch im Winter funktionieren, werden sie mit Strom oder Gas beheizt. Rund 230 Gigawattstunden Energie verbrauchen die Weichenheizungen. Das entspricht dem Energiebedarf von 60.000 Haushalten.

Erdwärme statt Elektronik

Wie es sparsamer und umweltfreundlicher geht, zeigt ein Heizsystem, das das bayerische Zentrum für angewandte Energieforschung (ZAE) zusammen mit der Dinslakener Firma Pintsch Aben bereits zweimal gebaut und erfolgreich getestet hat. Es funktioniert mit Erdwärme.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat das Projekt gefördert. Herzstück ist ein Wärmerohr. Es ist mit flüssigem Kohlendioxid (CO₂) gefüllt und reicht als Tiefensonde 50 bis 200 Meter in die Erde. An der Erdoberfläche, flach unter der Weiche, mündet es in einen Kondensator.

Die Wärme aus der Tiefe sorgt dafür, dass das CO₂ am unteren Ende des Rohres kocht, verdampft und nach oben steigt. Über den Kondensator erreicht das heiße Gas die Weiche.



Energieforscher Lars Staudacher und seine Kollegen haben einen Weg gefunden, um Weichen umweltfreundlich zu heizen.

Schon eine Temperatur von wenigen Grad Celsius über null genügt, um sie frostfrei zu halten.

Gibt das Kohlendioxid die Wärme ab, kondensiert es und fließt zurück in das Wärmerohr. Dort wird es durch die Erdwärme wieder erhitzt – der Kreislauf schließt sich.

Eine pfiffige Automatik

„Sobald es kalt wird, startet die Heizung. Das ist der Charme: Wir brauchen keine zusätzlichen Bauteile zum Regeln“, sagt Lars Staudacher, Wissenschaftler am ZAE in Garching bei München. „Es ist die Temperaturdifferenz, die den Kreislauf in Gang bringt.“

Auch wenn die Investitionskosten zunächst höher sind als bei konventionellen Weichenheizungen, ist eine Erdwärme-Anlage attraktiv: Energiekosten entfallen und die Wartungskosten sind minimal. Die Projektträger haben deswegen die Zulassung bei den zuständigen Stellen beantragt. ■



Peter Nüdling und Werner Tischer haben bei der Entwicklung ihres Pflastersteins vom Förderprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums profitiert.

MITTELSTANDSFÖRDERUNG

Betonmix gegen dicke Luft

Pflastersteine können Luft säubern. Wie bitte? Aber ja, das funktioniert wirklich. Die Firma Franz Carl Nüdling aus Fulda hat ein Verfahren entwickelt, um gesundheitsschädliche Stoffe aus der Luft zu filtern.

„Unser Pflasterstein reduziert die Schadstoffe dort, wo Fahrzeuge ihre Abgase ausstoßen“, sagt Peter Nüdling, Geschäftsführer des Baustoffspezialisten. „Spezielle Pflasterflächen beschleunigen den natürlichen Prozess der Schadstoffreduzierung um das bis zu Dreißigfache!“

Wie der Pflasterstein AirClean funktioniert? Wer im Chemieunterricht aufgepasst hat, versteht's auf Anhieb: Der Stein wandelt durch Photokatalyse das gesundheitsschädliche und schwer wasserlösliche Stickstoffdioxid (NO₂) in Nitrat um und entfernt es so aus der Luft. Nitrat ist leicht wasserlöslich und steht dann Pflanzen als Nährstoff zur Verfügung, wird im Boden zersetzt

oder in gelöstem Zustand Bestandteil des Wassers.

„Katalysatoren werden bei der Reaktion nicht verbraucht“, weiß Werner Tischer, Entwicklungsleiter bei Nüdling. „Damit ist sichergestellt, dass die Pflastersteine dauerhaft wirken.“

Hilfe für Innovationen

Profitiert haben Nüdling und seine 380 Mitarbeiter dabei auch vom „Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ des Bundeswirtschaftsministeriums. „Wir konnten den Pflasterstein nur mit Fördermitteln, unter anderem bereitgestellt durch ZIM, entwickeln. Das Förderprogramm gibt uns die nötige Unterstützung für wichtige Innovationen“, so Nüdling.

Das Unternehmen hilft so, die Grenzwerte für Schadstoffe in der Luft einzuhalten, und macht das Leben in Städten und Ballungsräumen gesünder. ■

Wie funktioniert die Photokatalyse?

Ein Bestandteil der Betonrezeptur ist Titandioxid. Es wirkt als Katalysator an der Oberfläche des Pflastersteins: Sonnenlicht löst eine schnelle chemische Reaktion aus.

Was ist ZIM?

Das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ hat seit 2009 für 11.400 Unternehmen und 359 Forschungseinrichtungen 3,2 Milliarden Euro für 23.800 Projekte bewilligt. Pro Jahr profitieren 4.000 bis 5.000 Projekte.

i Mehr Informationen unter www.zim-bmwi.de

Ein Kiez im Lesefieber

Es gibt Ideen, da fragt man sich: Warum ist da keiner eher drauf gekommen? So wie diese: Statt Bücher wegzuerwerfen oder im Regal verstauen zu lassen, legt man sie einfach auf eine Bank. Jeder darf in den Büchern lesen, jeder darf sie mitnehmen. Dass sie den Besitzer wechseln, ist ausdrücklich gewollt – im Berliner Stadtteil Moabit.

Moabit – ein Problemkiez, auch wenn immer mehr junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren hierher ziehen. Hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfedichte, über ein Drittel der Einwohner ist nichtdeutscher Herkunft. Die Folge: fehlender Gemeinschaftssinn, ein negatives Image und Nachbarschaftsprobleme.

Bis vor einem Jahr das Projekt „Moabiter Bücherbänke“ an den Start

ging. Inzwischen stehen vor Cafés und Geschäften 18 leuchtend blaue Bücherbänke. Jede Bank hat ihren Paten – eine soziale oder eine gewerbliche Einrichtung, die den Büchertausch betreut.

Literatur für jeden Geschmack

Mehrere tausend Bücher sind so zusammengewekommen. Alle Genres sind vertreten – von Krimis über Reiseführer und Jugendromane bis hin zu echten Klassikern. Nachfrage und Angebot wachsen stetig.

„Der Kiez ist im Lesefieber“, freuen sich Melanie Stiewe und Christine Magdalene Noll, Inhaberinnen der Agentur StadtMuster, die das Projekt angestoßen hat. Die Moabiter Bücherbänke sind zu einer festen Institution geworden, zu Orten der Begegnung. Menschen kommen über die Bücher miteinander ins Gespräch. Das gemeinsame Engage-

ment für den Stadtteil hat das Zugehörigkeitsgefühl gestärkt und nachbarschaftliche Beziehungen stabilisiert.

Finanziert wurden die Bänke über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“. Es ist ein wichtiger Teil der Stadtentwicklungspolitik des Bundes. Mit diesem Programm unterstützt der Bund seit 1999 städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadt- und Ortsteile. ■

Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung

Soll Stadtentwicklung erfolgreich sein, ist es unverzichtbar, die Bürger an Planungen und Entwicklungen zu beteiligen. Die Mitwirkung der Betroffenen ist sogar gesetzlich vorgeschrieben, und das seit über 40 Jahren. Sonst gibt es keine Fördermittel.

Das zentrale Anliegen der Quartiersentwicklung im Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ ist es, den sozialen Verbund wieder herzustellen und das Zusammenleben zu fördern. Erst durch das Engagement der Bürger entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt.

i Mehr Informationen unter www.staedtebaufoerderung.info



Melanie Stiewe freut sich, dass die Bücherbänke immer beliebter werden.

Eine Stadt zeigt Flagge

„Sandstein voller Leben“ – mit diesem Slogan wirbt Pirna für sich. Einmal im Jahr ist dieses Leben in der sächsischen Kreisstadt besonders farbig. Am 17. Mai ist es wieder so weit: Dann veranstalten die Pirnaer auf ihrem Marktplatz einen großen „Markt der Kulturen“.

„Wir feiern Vielfalt!“, heißt es bereits seit zwölf Jahren. Der Verein „Aktion Zivilcourage“ und die Stadtverwaltung von Pirna wollen damit ein Zeichen setzen: für Weltoffenheit und gegen Fremdenfeindlichkeit in der Sächsischen Schweiz. Entstanden ist die Idee, als die rechtsextremistische NPD mitten in der Stadt einen Infostand aufbauen wollte.

Ein buntes Programm und viele Informationen

Inzwischen ist der „Markt der Kulturen“ nicht mehr aus dem Veranstal-

tungskalender Pirnas wegzudenken. Neben einem 14-stündigen Bühnenprogramm mit Musik, Gesang und Tanz erwarten die Besucherinnen und Besucher rund 80 Stände mit Spiel- und Mitmachangeboten, Kunsthandwerk und Informationen zu Asyl, Migration, Menschenrechten, Zivilcourage, politischer Bildung und vielem mehr.


Sebastian Reißig, Geschäftsführer der „Aktion Zivilcourage e. V.“, freut sich auch dieses Mal wieder auf viele tausend Gäste. „Besonders bemerkenswert sind die intensiven Gespräche an den Infoständen“, sagt er. Die Besucher kämen vor allem auf den Markt, um sich über das Engagement und die Arbeit der Initiativen zu informieren. Die Veranstaltung biete Anstöße zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Und genau das ist ja auch ihr Sinn. ■

Nein zum Rechts- extremismus

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz zu bekämpfen, ist für die Bundesregierung eine der zentralen Aufgaben von Staat und Gesellschaft. Die Bundesregierung setzt dabei allerdings nicht nur auf strafrechtliche Verfolgung, sondern auch auf Vorbeugung. Ein Beispiel ist das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Damit unterstützt die Bundesregierung ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz. 24 Millionen Euro stehen dafür im Jahr zur Verfügung.

i Mehr Informationen unter
www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de





Hier werden bei vielen ungute Erinnerungen wach: der ehemalige Grenzübergang Helmstedt-Marienborn.

25 JAHRE MAUERFALL

Machense ma 'n Kofferraum auf ...

Die deutsche Teilung machte die beiden Orte für 40 Jahre weltbekannt: Helmstedt und Marienborn. Zwischen ihnen befand sich bis zum Mauerfall vor 25 Jahren der größte und bedeutendste Grenzübergang an der innerdeutschen Grenze. Hier kamen viele ins Schwitzen, die eine der drei Transitstrecken von und nach West-Berlin benutzten. Denn für jeden machten Betonmauern, Stacheldraht, Minenfelder und schussbereite Soldaten das brutale Grenzregime der DDR spürbar.

Nadelöhr im Eisernen Vorhang

Heute sind die meisten Grenzanlagen längst verschwunden. Doch an einigen Stellen sind sie erhalten geblieben: als Erinnerung und Mahnung. Wer auf der A2 von Hannover nach Berlin unterwegs ist, kann vom Autobahnrastplatz Marienborn aus direkt

die „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ besuchen.

Viele der Sperr- und Kontrollanlagen sind dort noch zu sehen – die Anlagen, an denen Reisende oft schikanös kontrolliert wurden. „Bis zu fünf Stunden musste ich an Weihnachten in meinem eiskalten Auto warten“, erinnert sich eine Besucherin der Dauerausstellung in der Gedenkstätte. „Die konnten einen ja ohne Angabe von Gründen stundenlang festhalten.“

In mehreren Bereichen dokumentiert die Dauerausstellung „Die Grenzübergangsstelle Marienborn: Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph“ die Teilung Deutschlands. Das museumseigene Kino zeigt zusätzlich Filme zu diesem Thema. ■

Der Bund fördert mit weit über 100 Millionen Euro im Jahr die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur. Hinzu kommen die Beiträge der Länder und das besondere Engagement der Opferverbände zur Erinnerung an das SED-Unrecht. Zu den vom Bund unterstützten Gedenkstätten, die an die deutsche Teilung erinnern, gehören neben der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn unter anderen: die Gedenkstätte Berliner Mauer, das Grenzlandmuseum Eichsfeld, das Deutsch-Deutsche Museum Mödla-reuth und die Gedenkstätte Point Alpha an der hessisch-thüringischen Landesgrenze.



Mehr Informationen unter
www.stgs.sachsen-anhalt.de
Stichwort „Gedenkstätte Marienborn“

Gewinnen Sie eine Reise nach Berlin!



In dieser Ausgabe von Deutschland aktuell können Sie nicht nur viel Neues über die Politik der Bundesregierung erfahren, sondern auch eine Städtereise nach Berlin gewinnen. Wenn Sie das Magazin gründlich lesen, lassen sich die Antworten leicht finden.

1. Womit lassen sich Bahnweichen beheizen?
2. Wo findet jedes Jahr ein „Markt der Kulturen“ statt?
3. Wo gibt es viele Infos zum Thema Deutsche Einheit?

Wer uns die richtigen Antworten übermittelt, nimmt an der Verlosung teil. Zu gewinnen sind drei Städtereisen nach Berlin vom 11. bis 13. April 2014: jeweils zwei Übernachtungen für zwei Personen aus Deutschland im Hotel, An- und Abreise per Bahn und Stadtrundfahrt.

Bitte den Coupon mit dem Lösungswort auf eine Postkarte kleben – Absender und Porto nicht vergessen – und senden an:

Publikationsversand der Bundesregierung
Preisrätsel Deutschland aktuell
Postfach 481009
18132 Rostock

Sie können uns die Antworten auch online übermitteln:

www.bundesregierung.de/d-aktuell-raetsel

- Einsendeschluss ist der 28. Februar 2014. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Gewinn ist nicht übertragbar.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundespresseamtes und der Bundesministerien können nicht teilnehmen.
- Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Impressum

Herausgeber Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin Redaktion Uwe Spindeldreier Druck Körner Druck GmbH & Co. KG, 71069 Sindelfingen-Maichingen Gestaltung MetaDesign AG, 10629 Berlin Bildnachweis Titel: Tobias Hase, Kasten v.o. Bundesregierung/Bergmann, Version/Maro, Martin Leissl; Seite 3: photothek.net/Trutschel (oben), picture-alliance/dpa/Oy; Seite 4–5: Bundesregierung/Chaperon (Merkel, de Maizière, Schäuble, von der Leyen,) SPD/Butzmann (Gabriel, Maas, Nahles), photothek.net/Köhler (Steinmeier), Henning Schacht (Friedrich, Dobrindt), SPD/Jaenicke (Schwesig), CDU/Chaperon (Gröhe), laif/Jaenicke (Hendricks), Bundesregierung/Kugler (Wanka), ddpimages/Schacht (Müller), picture-alliance/dpa/Carstensen (Altmaier); Seite 6: Michelin; Seite 7: Clemens Bilan; Seite 8: transit/Hirth (oben), Burkhard Peter, Sebastian Bolesch (rechts); Seite 9: Burkhard Peter (links), Version/Maro (beide); Seite 10: Oliver Kern; Seite 11: Pintsch Aben geotherm GmbH, Tobias Hase (unten); Seite 12: Martin Leissl; Seite 13: Clemens Bilan; Seite 14: Aktion Zivilcourage e.V.; Seite 15: Sebastian Bolesch
Redaktionsschluss: 3. Januar 2014

Bitte tragen Sie die Antworten hier ein:

1. _____
2. _____
3. _____

Absender:

Name, Vorname

Straße

Ort

Deutschland aktuell 1 | 2014

- Bitte schicken Sie mir direkt nach ihrem Erscheinen die neue Broschüre „25 Jahre Freiheit und Einheit“
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Newsletter-Verteiler auf:

@

